

# Protokoll (öffentlich)



|                          |   |
|--------------------------|---|
| <b>Gremium</b>           | <b>Betriebsausschuss</b>                          |
| <b>Sitzung am</b>        | Montag, den 10.03.2025                            |
| <b>Sitzungsort, Raum</b> | Holzhausen 8, 49377 Vechta<br>Besprechungsraum EG |
| <b>Sitzungsbeginn</b>    | 18:00 Uhr   |
| <b>Sitzungsende</b>      | 19:45 Uhr   |

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den nachfolgenden Beschlüssen.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Ausschussvorsitz: gez. Wichmann

Bürgermeister: gez. Kater

Protokollführung: gez. Pries

## Teilnehmerverzeichnis

| Name, Vorname | Funktion<br>Bemerkung |
|---------------|-----------------------|
|---------------|-----------------------|

Stimmberechtigte Mitglieder:

|                   |                                      |
|-------------------|--------------------------------------|
| Wichmann, Rolf    | Ausschussvorsitzender                |
| Kater, Kristian   | Bürgermeister                        |
| Dödtmann, Josef   |                                      |
| Koops, Daniela    |                                      |
| Kröger, Uwe       |                                      |
| Schaffhausen, Sam | in Vertretung für Ramnitz, Sebastian |
| Wilming, Philip   |                                      |

Mitglieder mit beratender Stimme:

|                  |             |
|------------------|-------------|
| Lampe, Volker    | Grundmandat |
| Sieveke, Stephan | Grundmandat |
| Thomann, Tobias  | Grundmandat |

Von der Verwaltung:

|                     |             |
|---------------------|-------------|
| Große Bley, Jan     | Werkleitung |
| Pries, Irina        | Verwaltung  |
| Scharf, Christel    | Verwaltung  |
| Holzenkamp, Rüdiger | Verwaltung  |

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung,  
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit,  
Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Betriebsausschusses vom 18.11.2024  
-öffentlicher Teil-
3. Errichtung einer PV Anlage auf der St. Marien Grundschule in Oythe;  
hier: Auftragsvergabe  
**WW/001/2025**
4. Antrag der Fraktion Wir für Vechta nach § 10 der Geschäftsordnung vom 08.04.2024;  
Entwicklung eines Konzeptes zur Verringerung des Vandalismus innerhalb der Radstation in  
der Mobilitätsstation in Vechta, An der Gräfte 35
5. Mitteilungen des Bürgermeisters/Werkleiters
6. Einwohnerfragestunde

## TOP 1

### Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Um 18:00 Uhr eröffnet der Ausschussvorsitzende, Herr Wichmann, die Sitzung des Betriebsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende sowohl die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit als auch die Tagesordnung fest.

## TOP 2

### Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Betriebsausschusses vom 18.11.2024 -öffentlicher Teil-

Das Protokoll wurde am 29.11.2024 versendet.

Der Betriebsausschuss fasst sodann folgenden Beschluss:

„Das Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses vom 18.11.2024 -öffentlicher Teil- wird genehmigt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## TOP 3

### Errichtung einer PV Anlage auf der St. Marien Grundschule in Oythe; hier: Auftragsvergabe

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an den Werkleiter.

Der Werkleiter berichtet, dass die St. Marien Grundschule in Oythe derzeit saniert werde. Im Rahmen dieses Projekts solle eine PV Anlage auf dem Gründach errichtet werden. Das Gründach solle als zusätzliche Beschwerung für die Module dienen. Dies reduziere die Notwendigkeit, zusätzliche Beschwerungen zu verwenden. Der Werkleiter zeigt die Dachaufsicht und erörtert, dass nur der neu errichtete Teil mit einer PV Anlage versehen werde, allerdings nicht das Ziegeldach des Bestandsgebäudes. Der zweigeschossige Anbau auf der Hinterseite des Gebäudes sei aufgrund von statischen Gegebenheiten und Beschattung nicht für die Installation geeignet.

Der Werkleiter führt in die technischen Details der geplanten PV Anlage ein und erklärt, dass die PV Anlage mit der geplanten Leistung von 52 kWp als Teileinspeisung mit dem Ziel, den Großteil des erzeugten Stroms vor Ort zu verbrauchen, ausgelegt sei. Über den Anschluss, so der Werkleiter, solle

auch die Sporthalle versorgt werden.

Anschließend erwähnt der Werkleiter die geschätzten Kosten für den Bau der PV Anlagen in Höhe von 52.000 Euro und teilt mit, dass die Kosten im Wirtschaftsplan 2025 berücksichtigt seien. Zum Schluss berichtet er über den Zeitplan und erwähnt, dass die Ausschreibung zeitnah durchgeführt werden solle, sodass die PV Anlage vor Beginn des Schulbetriebs installiert werden könne, mit dem Ziel, mögliche Störungen im Außenbereich zu vermeiden.

Ein Ausschussmitglied fragt, ob bei der Planung der PV Anlage auch Aspekte der Energiespeicherung berücksichtigt würden. Es merkt an, dass in einer früheren Sitzung das Thema des Strombilanzkreismodells diskutiert worden sei und ob in dieser Hinsicht neue Entwicklungen zu erwarten seien.

Der Werkleiter erklärt, dass ein Speicher im Nachgang an die PV Anlage angeschlossen werden könne. Aufgrund der Neubausituation der Schule und der Zusammenarbeit mit der Sporthalle werde zunächst auf einen Speicher verzichtet. Nach Produktion und Einspeisung von Strom in das EWE Netz über ein Jahr hinweg werde beurteilt, ob die Installation eines Speichers sinnvoll sei. In Bezug auf das Strombilanzkreismodell werde ein Pilotprojekt mit zehn Liegenschaften der Stadt Vechta durchgeführt, um zu prüfen, wo die Installation von z.B. Speichern sinnvoll sei. Ein Beispiel könne sein, dass der Strom von der PV Anlage in das EWE Netz eingespeist werde, um virtuell über das Strombilanzkreismodell in einer anderen Liegenschaft, wie z.B. dem Rathaus, den Speicher zu befüllen und damit die Lastspitzen abzudecken. Als weitere Möglichkeit, so der Werkleiter, sei es sinnvoll einen dynamischen Strompreis in das Strombilanzkreismodell zu implementieren, um Stromkosten zu minimieren. Durch die Implementierung des Strombilanzkreismodells und der dynamischen Strompreise solle es möglich sein, Lastspitzen abzubilden und die Effizienz der Stromversorgung zu optimieren.

Bürgermeister Kater merkt an, dass das Strombilanzkreismodell sehr interessant sei, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung des überschüssigen Stroms von der geplanten Freiflächen PV Anlage, der an anderen Standorten verbraucht werden könne. Er betont, dass es wichtig sei, nicht nur auf die großen PV – Anlagen zu warten, sondern pilotweise ein System zu etablieren, um bereits den vorhandenen Überschuss in bestehenden Anlagen effektiv zu nutzen. Er weist darauf hin, dass man im Sommer, insbesondere in der Mittagszeit, mit der PV Anlage möglicherweise signifikante Überschüsse erzeugen könnte, die dann im Rathaus verbraucht werden könnten. Das Ziel sei es, dieses Modell im Kleinmaßstab zu implementieren und bei positivem Verlauf auf eine größere Produktionskapazität, insbesondere durch die geplante Freiflächen PV Anlage, auszurichten.

Der Werkleiter fügt hinzu, dass die Idee eines dynamischen Strompreises derzeit im Kontext der E-Mobilität überprüft werde. Es werde untersucht, ob es möglich sei, überschüssigen Strom an E-Ladesäulen zu verkaufen, insbesondere dann, wenn der Strompreis günstig sei, z.B. bei Sonnenschein am Sonntag. Dieses Modell könnte attraktiver für die E-Mobilität sein, da die Kosten pro Kilowattstunde an einem Schnelllader signifikant gesenkt werden könnten. Jedoch müssten noch rechtliche Aspekte mit dem Backend-Betreiber geklärt werden, da möglicherweise Wettbewerbsverzerrungen entstehen könnten. Ein ähnliches Pilotprojekt werde derzeit in Utrecht durchgeführt, bei dem überschüssiger Strom genutzt werde, um E-Mobilität kostengünstig zu versorgen.

Der Betriebsausschuss fasst sodann folgenden Beschluss:

„Die Werkleitung wird beauftragt, die nötigen Vergabeverfahren vorzubereiten und vollumfänglich durchzuführen. Die für den Ausbau benötigten Finanzmittel werden über den Wirtschaftsplan des Wasserwerkes Vechta 2025 innerhalb der Sparte Photovoltaik ausgewiesen.“

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

#### TOP 4

**Antrag der Fraktion Wir für Vechta nach § 10 der Geschäftsordnung vom 08.04.2024;  
Entwicklung eines Konzeptes zur Verringerung des Vandalismus innerhalb der Radstation in der  
Mobilitätsstation in Vechta, An der Gräfte 35**

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an den Antragsteller.

Der Antragssteller erläutert den Antrag, der auf wiederholte Probleme mit Vandalismus in der Mobilitätsstation hinweist. Der Vorschlag umfasst die Umnutzung der mittleren Ebene der Mobilitätsstation. Zudem wird um eine Ortsbegehung gebeten.

Bürgermeister Kater führt aus, dass das Thema Vandalismus grundlegend behandelt werden müsse. Bei der Errichtung der Mobilitätsstation seien bereits Prinzipien festgelegt worden, um die Einrichtung rund um die Uhr zugänglich zu machen. In den letzten Jahren seien dabei verschiedene Herausforderungen festgestellt worden. Es seien bereits Planungsaufträge vergeben worden, deren Zwischenstand in Kürze vorgestellt werde.

Bürgermeister Kater stellt klar, dass die Stadt Vechta Eigentümerin der Mobilitätsstation sei, während das Wasserwerk als Betreiber fungiere.

Er erwähnt, dass das Andreaswerk vor einiger Zeit den Wunsch geäußert habe, eine Fahrradwaschanlage in der mittleren Ebene einzubauen, was grundsätzlich positiv bewertet worden sei. Allerdings müssten jegliche Änderungen an der Mobilitätsstation intensiv geprüft werden, um sicherzustellen, dass die Umnutzung nicht förderschädlich sei. Er betont, dass eine enge Abstimmung mit den Behörden erforderlich sei, um mögliche Rückforderungen von Fördermitteln zu vermeiden.

Fachbereichsleiterin Scharf beginnt ihre Ausführungen mit einer kurzen Einleitung und erklärt, dass das Konzept zur Verbesserung der Radstation noch in Arbeit sei und heute ein Zwischenstand präsentiert werde. Das Thema der Förderstelle, so Frau Scharf, sei entscheidend, da bei der Fördermaßnahme nicht das Gebäude selbst gefördert worden sei, sondern die Anzahl der Fahrradabstellplätze. Änderungen (wie die Umnutzung der mittleren Ebene) könnten eine Rückforderung der Fördermittel nach sich ziehen, was noch geklärt werden müsse.

Fachbereichsleiterin Scharf ist zuversichtlich, dass die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) auch ein Interesse an gut nutzbaren Fahrradabstellstationen habe. Es wird betont, dass die Probleme der Nutzergruppen sowohl in der Mobilitätsstation als auch in dem Parkhaus der Stadthäuser ähnlich seien, weshalb beide Projekte zusammen bearbeitet werden sollten.

Sie berichtet weiter, dass die erforderlichen Bauanträge derzeit vorbereitet würden. Ein System für

den Zugang, beispielsweise ein Chip-Lesersystem, werde ausgearbeitet, um die Nutzung durch Fahrräder und Fußgänger zu gewährleisten.

Fachdienstleiter Holzenkamp stellt anschließend das geplante Nutzungskonzept für die **Radstation** vor:

#### **Nutzung der untersten Ebene**

Im Erdgeschoss befinde sich eine Stellplatzanlage für Fahrräder, die momentan teilweise vom Andreaswerk für Leihräder genutzt werde. Es stünden in dieser Ebene 63 Stellplätze zur Verfügung. Das jetzige Drehkreuz solle entfernt werden und die hintere Fluchttür für den regulären Betrieb genutzt werden, damit Benutzer einen verkürzten Weg zum Bahnsteig hätten.

#### **Nutzung der mittleren Ebene**

Die mittlere Ebene solle komplett für das Andreaswerk zur Verfügung stehen. Eine Benutzung für die Öffentlichkeit sei nicht vorgesehen. Der Halt mit dem Fahrstuhl in dieser Ebene sei nur per Schlüsselschalter möglich.

#### **Nutzung der obersten Ebene**

Die obere Ebene bleibe für die Öffentlichkeit zugänglich. Auch dort solle die Fluchttür/-treppe für den regulären Betrieb genutzt werden, damit Benutzer einen verkürzten Weg zum Bahnsteig hätten.

#### **Zugangsplanungen und Barrierefreiheit**

Es werde an einer Lösung gearbeitet, um den Fahrstuhl so zu gestalten, dass das Erdgeschoss barrierefrei mit der Brücke verbunden sei, ohne dass die Nutzer in den Rest des Gebäudes gelangen könnten.

Um Vandalismus und Verschmutzung zu verhindern, sollten die Treppen nachts nicht zugänglich sein. Dies werde als notwendig erachtet, um das Wohlbefinden der Nutzer zu erhöhen.

#### **Vandalismusprävention und Zugangskontrolle**

Die Idee eines Chip- oder App-Systems wird vorgestellt, um sicherzustellen, dass nur berechtigte Personen Zutritt hätten. Radfahrer könnten sich anmelden, ihre Fahrräder abstellen und mit einem digitalen Ticket wieder abholen. Ähnliche Probleme wie in der Radstation am Mobilitätszentrum werden auch im Parkhaus am Bahnhof angesprochen.

#### **Treppenhaus und Zugänge**

Das Treppenhaus werde künftig nicht mehr für die Öffentlichkeit nutzbar sein. Diese Maßnahme stelle eine wesentliche Änderung gegenüber dem bisherigen Konzept dar und solle zur Verbesserung der Situation beitragen.

Geplante Änderungen an den Drehkreuzen würden den möglichen Austausch durch eine Schiebetür in Verbindung mit einem Datensystem, das digitale Karten ausgibt und Türen öffnet, beinhalten.

#### **Parkleitsystem und Benutzeroptimierung**

Der Werkleiter ergreift das Wort und erläutert die Notwendigkeit eines neuen Parkleitsystems. Die derzeitige Parkleittechnik in der Mobilitätsstation sei nicht praktikabel und werde teilweise Ende 2026 nicht mehr von Skidata unterstützt. Aus diesem Grund sei beschlossen worden, von Skidata

Abstand zu nehmen und eine alternative Lösung für die Mobilitätsstationen zu finden. Kontakt sei diesbezüglich bereits mit der Deutschen Bahn aufgenommen worden, welche eine eigene Abteilung für Fahrradparkhäuser habe.

### **Zielsetzungen des neuen Systems**

Das neue System solle folgende Merkmale aufweisen, um die Sicherheit und den Komfort für die Nutzer der Mobilitätsstation zu erhöhen und gleichzeitig Vandalismus- und Diebstahlsfälle zu reduzieren:

- vollständig bargeldlose Transaktionen,
- kein anonymes Parken mehr möglich,
- Zugang ausschließlich per Handy oder QR-Code.

Der Werkleiter stellt fest, dass das aktuelle Parkleitsystem unzureichend sei, da es lediglich einen Zähler für das gesamte Parkhaus habe, was zu einer ineffizienten Nutzung der Stellplätze führe. Für das neue System wird vorgeschlagen, dass jede Ebene separat gezählt werde. Wenn eine Ebene voll sei (z. B. bei 63 Stellplätzen), erhalte der Nutzer eine entsprechende Information und werde aufgefordert, eine andere Ebene zu nutzen. Das Ziel sei, die Radstation zu einem attraktiven und sicheren Ort zu machen, an dem Nutzer gerne ihre Fahrräder abstellten. Eine klare Registrierung der Nutzer werde angestrebt, um einen sicheren Zugang zu gewährleisten. Tagesnutzern werde ebenfalls die Nutzung ermöglicht, jedoch verbunden mit einer Registrierung.

Bürgermeister Kater ergänzt, dass die größte Nutzergruppe derzeit die Studierenden seien, die über ihr Semesterticket Zugang erhielten. Dieses System solle beibehalten und weiter optimiert werden.

Die unterste Ebene des Parkhauses solle einfach zu erreichen und für die öffentliche Nutzung reserviert werden, während die mittlere Ebene für das Andreaswerk vorgesehen sei. Die oberste Ebene sei ebenfalls über die Brücke zugänglich, was die Erreichbarkeit für Radfahrer verbessere.

### **Diskussion und Fragestellungen der Ausschussmitglieder**

Ein Ausschussmitglied erhebt die Frage, ob bereits Überlegungen angestellt worden sei, die Mobilitätsstation in den Nachtstunden zu schließen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Problem des Vandalismus oft in den späten Nachmittagsstunden oder frühen Abendstunden auftrete. Diese Phasen sollten möglicherweise in die Überlegungen einfließen, da der größte Teil des Problems somit nicht in der Nacht bestehe.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wird, betrifft den Ansatz für Streetworker. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht nur darum gehe, Vandalismus zu verhindern, sondern auch um eine generelle mobile Jugendbetreuung. Im kommenden Ausschuss für Jugend und Sport werde ein Bericht der Streetworker vorgestellt, der relevante Informationen zu diesen Themen liefern könnte.

Ein Ausschussmitglied fragt, ob die Streetworker in geplante Baumaßnahmen involviert würden, insbesondere in Hinblick auf ihre Erfahrungen und Beobachtungen. Es erfolgt eine Anmerkung, dass hinsichtlich der Streetworker eine Erwartungshaltung bestehe, dass diese zu einer Verbesserung der Situation führen würden. In seiner subjektiven Wahrnehmung habe sich jedoch nichts spürbar verändert. In Bezug auf die Streetworker wird festgestellt, dass deren Rolle oft missverstanden werde. Sie seien kein Sicherheitsdienst, der sofortige Sicherheit garantieren könne, sondern sie leisteten Bezie-

hungsarbeit im präventiven Ansatz.

Ein Ausschussmitglied thematisiert das Problem des Fahrstuhls in der Mobilitätsstation. Es wird erläutert, dass Securitas als Sicherheitsdienst für die Wartung der Fahrstuhlnotrufsysteme zuständig sei. Wenn der Notrufknopf betätigt werde, fahre Securitas zur Hilfeleistung und setze den Fahrstuhl in der Regel außer Betrieb. In der Anfangsphase sei dies häufig geschehen, was in der Folge zu unnötigen Stilllegungen geführt habe. Um die Situation zu verbessern, sei beschlossen worden, dass Securitas und der Bereitschaftsdienst vom Wasserwerk Vechta zeitgleich alarmiert würden. Der Bereitschaftsdienst könne dann vor Ort prüfen, ob ein tatsächlich vorliegender Fehler bestehe, anstatt jedes Mal den Fahrstuhl außer Betrieb zu setzen. Zur Abschreckung von Vandalismus seien zusätzliche Maßnahmen ergriffen worden:

Es sei eine Sirene im Fahrstuhlschacht installiert worden, die als akustisches Signal diene. Bei Betätigung des Notrufknopfes ertöne diese Sirene, was viele dazu veranlasse, den Knopf sofort loszulassen. Die Frage nach den Kosten und der Rückzahlung von Fördermitteln wird ebenfalls aufgebracht. Es werde nach Informationen bezüglich der Fördermittlerückzahlung gesucht, falls Rückzahlungen erforderlich seien. Es bestehe die Hoffnung, dass mit einer angemessenen Lösung die Stadt in der Lage sei, die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Zum Abschluss des Beitrags wird Lob für die Vorstellung und die Bereitschaft ausgesprochen, über diese Themen nachzudenken. Der Bürgermeister ergänzt, dass kurzfristig eine Kostenschätzung erstellt werde, er jedoch nicht sicher sagen könne, ob eine Rückzahlung der Fördermittel erforderlich sein werde. Der genaue Umgang mit den Rückzahlungsbedingungen sei noch mit der Förderstelle zu klären, und es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Rückzahlungen von den zurückgebauten Fahrradstellplätzen abhängen würden.

Die aktuell vorgestellten Planungen für die Radstation und das Parkhaus werden als sehr gut und ausgereift bewertet. Es wird jedoch eine Bitte geäußert: Die Idee eines Ticketsystems wird als nicht mehr zeitgemäß empfunden. Ein Ausschussmitglied hebt hervor, dass es in der heutigen Zeit kein Papierticket mehr geben und der Zugang über digitale Lösungen erfolgen sollte. Die Klärung führt dazu, dass das Verständnis über das digitale Ticket, das als modernes System unterstützt wird, bekräftigt wird.

Ein weiteres Anliegen, das zum Ausdruck kommt, betrifft die Benutzerfreundlichkeit der Systeme, unabhängig davon, ob Apps oder Ticketsysteme verwendet werden. Es müsse sichergestellt werden, dass die Lösungen niedrigschwellig und für alle Menschen zugänglich seien.

Bürgermeister Kater teilt mit, dass die Umsetzung zeitnah vorgesehen sei. Derzeit würden die Bauanträge weiter vorbereitet und parallel die Ausschreibungen erarbeitet.

Allerdings hänge der tatsächliche Zeitrahmen von den Lieferzeiten ab, was nicht genau abschätzbar sei.

Ausschussvorsitzender Wichmann schließt das Thema der Mobilitätsstation ab und leitet zur Diskussion des Parkhauses am Bahnhof über.

Fachbereichsleiterin Scharf stellt die aktuellen Planungen für das **Parkhaus unter den Stadthäusern** dar.

### **Einbau eines Rolltores bzw. Sektionaltores bei der Einfahrt**

Das Parkhaus werde hierdurch dauerhaft geschlossen. Das Tor könne in den Morgen- und frühen Nachmittagsstunden offenbleiben, um eine Zugänglichkeit für Postdienstleister zu gewährleisten. In den anderen Zeiten sei das Tor dauerhaft geschlossen. Der Zugang für die Bewohner erfolge weiterhin über die Weitbereichsidentifikation der Parkleittechnik, andere Nutzer des Parkhauses könnten nur nach Lösen eines Tickets einfahren.

Das Tor werde im Bereich der Einfahrt nach innen gesetzt, so dass ein PKW wartend vor dem Tor stehen könne und dabei nicht den Gehweg blockiere. Die vordere Schranke bleibe somit erhalten, damit eine Zugangskontrolle auch in Zeiten mit geöffnetem Tor erhalten bleibe. Auch die Schranke zum privaten Bereich bleibe erhalten.

### **Verschließen der Türen bei allen vorhandenen Zugängen**

Die vorhandenen Türen werden ebenfalls verschlossen. Hierfür wird außen ein Knauf angebracht, der Verschluss erfolgt voraussichtlich über zeitgesteuerte Motorschlösser. Um eine mögliche Blockierung der Türen zu detektieren, werden die Türen mit einem Magnetkontakt ausgestattet.

Da es sich um Fluchtwege handele, könnten sie weiterhin und jederzeit von innen geöffnet werden. Der Zugang für Nutzer des Parkhauses erfolge über ein Zugangssystem mittels Scanner/Leser der Parkleittechnik an den vorhandenen Zugangstüren. Dies bedeute, dass nur jemand der im Besitz eines Parkscheins sei, das Parkhaus zukünftig betreten könne.

### **Fahrstuhl**

Der vorhandene Fahrstuhl im Bereich Stadtgarten werde ebenfalls mit einem Scansystem versehen, und könne daher zukünftig ebenfalls nur benutzt werden, wenn man im Besitz eines gültigen Tickets sei. Der Fahrstuhl sei für die Bewohner der Stadthäuser nicht erforderlich und daher für diese nicht mehr öffentlich zugänglich.

Fachdienstleiterin Scharf hebt hervor, dass die aktuelle Situation von Vandalismus und Verunreinigungen stark betroffen sei. Besonders Anwohner klagten über das unsichere Gefühl beim Zugang zu ihren Parkplätzen. Es wird betont, dass dringende Maßnahmen notwendig seien, um die Sicherheit zu erhöhen.

Es wird vorgeschlagen, dass nach der Umsetzung der Planungen ein Ortstermin mit dem Betriebsausschuss organisiert werden solle, um die Ergebnisse vor Ort zu begutachten und den Abschluss der Maßnahmen zu überprüfen.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Präsentation und die Diskussion.

Mitteilungen des Bürgermeisters/Werkleiters

**A. Sachstand Parkhäuser**

**hier: Parkhaus am Bahnhof**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass es seit der letzten Betriebsausschusssitzung wieder vermehrt zu Verunreinigungen und unrechtmäßiger Müllentsorgung im Parkhaus und um den Bahnhof gekommen sei. Der mobile Streifendienst habe in dieser Zeit mehrfach Jugendliche aus dem Parkhaus verwiesen, was jedoch keine neue Entwicklung darstelle.

**hier: Mobilitätsstation**

Am 18.11. vergangenen Jahres habe eine Räumungsaktion in der Mobilitätsstation stattgefunden. Dabei seien nicht ordnungsgemäß abgestellte Fahrräder, die die Fluchtwege blockierten, auf die offiziellen Parkflächen umgesetzt worden. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß der Benutzungs- und Entgeltordnung Fahrräder nur innerhalb des Gebäudes weggeräumt werden dürften, um Gefahren für Leib und Leben zu vermeiden. Daher könne das Personal nur eingreifen, indem die Fahrräder auf die Parkflächen umgesetzt und mit einem Ticket versehen würden.

Zukünftige Anpassungen der Benutzungs- und Entgeltordnung:

Der Werkleiter schlägt vor, dass bei den geplanten Umbaumaßnahmen auch die Benutzungs- und Entgeltordnung überarbeitet werden sollte. Besonders das Thema des effektiven Fahrradmanagements solle berücksichtigt werden, um die Fahrräder, die über längere Zeit bereits in den Fahrradständen abgestellt seien, gegebenenfalls entsorgen zu können.

**hier: Parkhaus am Krankenhaus**

Seit Dezember 2024 gebe es verstärkt Probleme mit Vandalismus und Graffiti im Parkhaus am Krankenhaus. Der Vandalismus sei zunächst in einer kleinen Ecke begonnen und habe sich mittlerweile auf eine 30 Meter lange Wand ausgedehnt, die von verschiedenen Personen mit Graffiti beschmiert worden sei.

Um dem entgegenzuwirken, werde der Sicherheitsdienst täglich entsendet, um das Parkhaus zu kontrollieren. Leider sei es meist bei einer Bestandsaufnahme geblieben. Es habe keinen Kontakt zu den Verursachern gegeben. Daher sei entschieden worden, ein Teil der Zugangstüren ab 18 Uhr zu schließen, um den Zugang über das Haupttor zu regulieren.

Die Schäden durch Graffiti beliefen sich auf etwa 15.000 Euro, was die Entfernung dieser Graffiti betreffe. Diese Vorfälle seien zur Anzeige gebracht und in der lokalen Presse behandelt worden. Um eine Verbesserung herbeizuführen, solle in Zukunft ab 18 Uhr das Tor des Parkhauses geschlossen werden. Personen mit Beeinträchtigungen hätten dennoch Zugang durch eine Tür, die mit einem Lesegerät ausgestattet werde. Dadurch könnten diese Nutzer weiterhin mit ihrem Parkticket ins Parkhaus gelangen. Der Sicherheitsdienst werde weiterhin regelmäßig die Kontrollen durchführen, um sicherzustellen, dass alle Türen verschlossen seien.

Es werde auch darüber nachgedacht, die Öffnungszeiten des Parkhauses anzupassen. Aktuell seien

die Öffnungszeiten von 7 bis 22 Uhr. Die Parkgebühren würden ab 7 Uhr beginnen und um 18 Uhr enden, was bedeute, dass Nutzer für den Zeitraum ab 18 Uhr bis 22 Uhr keine Gebühr zahlten, obwohl die laufenden Kosten bestehen blieben. Der Vorschlag sei, die Öffnungszeiten analog zu dem Parkhaus am Bahnhof von 6 bis 23 Uhr zu erweitern, um den Bedürfnissen der Benutzer, insbesondere der Ärzte, besser gerecht zu werden. Darüber hinaus sei die Regelung zu den kostenpflichtigen Zeiten zu klären. Der derzeitige Zustand, in dem die Parkgebühren ab 18 Uhr nicht mehr erhoben würden, führe dazu, dass die laufenden Kosten trotzdem bestehen bleiben. Dies solle in der geplanten Überarbeitung der Benutzungsordnung und Gebührenordnung besprochen werden.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wird, betrifft die Modernisierung der Kassenautomaten. Es bestehe der Plan, einen Kassenautomaten im Parkhaus am Krankenhaus umzubauen, der ausschließlich bargeldloses Bezahlen ermöglichen solle – unter Verwendung von Zahlungsmethoden wie z.B. Google Pay, Apple Pay und PayPal. Zudem sollten die Tickets mit einem QR-Code versehen werden, der das Bezahlen über eine Online-Plattform ermögliche.

Es wird darauf hingewiesen, dass, falls die Nutzer versuchen, ihr Ticket zu früh zu bezahlen, die eine Karenzzeit überschreiten, eine entsprechende Meldung erscheine und sie ein Ersatzticket für 30 Euro ziehen müssten. Dies ziele darauf ab, potenzielle Missbrauchsstrategien zu verhindern.

Ein weiteres Thema sei die automatisierte Kennzeichenerkennung im Parkhaus, die anfänglich mit 70.000 Euro veranschlagt worden sei. Aufgrund der hohen Kosten sei entschieden worden, dieses Projekt vorerst zurückzustellen. Es werde jedoch der langfristige Bedarf bei einer möglichen 24-Stunden-Betriebsaufnahme des Parkhauses in Betracht gezogen, um die Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen.

## **B. Technische Sicherheitsmanagement**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass am 12.12.2024 das DVGW-Experten-Team anwesend gewesen sei, um das technische Sicherheitsmanagement zu evaluieren. In diesem Zuge sei der Werkleiter als technische Führungskraft und Herr Thomas Genzel als stellvertretende technische Führungskraft vom Bürgermeister bestellt worden. Das Wasserwerk habe alle notwendigen Anforderungen, die vom DVGW für das Sicherheitsmanagement gefordert würden, bereits vorgelegt und erfüllt.

## **C. E-Mobilität**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass im Landkreis ein neues Parkhaus errichtet werde, welches auch mit sechs Wallboxen für E-Mobilität ausgestattet sein werde. Das Wasserwerk übernehme die Betreiberfunktion für diese Wallboxen, während die Verantwortung beim Landkreis liege. Dies wird zur Kenntnis genommen.

## **D. Kundenportal**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass das Wasserwerk die Einrichtung eines Kundenportals auf der Internetseite plane. Dieses Portal solle es den Kunden ermöglichen, ein Benutzerkonto zu erstellen, über das sie ihre Bescheide einsehen, den Zählerstand verwalten sowie andere wichtige Informationen digital abrufen könnten. Ziel sei es, die Digitalisierung voranzutreiben und den Papierverbrauch sowie die damit verbundenen Portokosten signifikant zu reduzieren. Das Wasserwerk arbeite aktuell an einer groben Zusammenstellung der Funktionen und werde, sobald es spruchreif sei, Ergebnisse und Informationen zum Portal vorstellen. Es werde angestrebt, dass bis zur nächsten Zählerstandabfrage das Portal öffentlich zugänglich sei.

## **E. Strombilanz-Kreismodell**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass ein Pilotprojekt mit zehn städtischen Liegenschaften initiiert werde. Über neue Erkenntnisse aus diesem Projekt werde zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

## **F. LoRaWAN - System**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden darüber, dass es derzeit Gespräche mit dem Landkreis Vechta, der Hase Wasseracht, dem Hase-Auen e.V. und der Stadt Vechta über den weiteren Ausbau des LoRaWAN – Systems gebe. Ziel sei es, mehr Wasserzähler LoRaWAN fähig zu machen, um im Bereich Energiemanagement (Strom, Gas und Wasser) der Gesamtheit der Zähler eine bessere Überwachung und Verwaltung zu ermöglichen. Die Hase Wasseracht plane, Abstichsdaten für den Hochwasserschutz zu erfassen, und auch der Hase-Auen Verein verfolge ähnliche Ziele. Idee sei, zusätzliche Antennen zu installieren, um das Netzwerk zu erweitern und die Anzahl der LoRaWAN fähigen Wasserzähler zu erhöhen.

## **G. Vergaben**

Der Werkleiter informiert die Anwesenden über zwei Vergaben

hier: Wasserzählerbeschaffung

Geplant seien 60.000 Euro netto für 2.806 Wasserzähler gewesen.

Der Zuschlag sei an die Firma Heitland für 46.820 Euro erteilt worden.

hier: Wasserzählerwechsel

Ursprünglich geplant seien 85.000 Euro netto gewesen. Die Firma Habighorst erhalte den Zuschlag für 85.360 Euro, was eine Überschreitung von 360 Euro bedeutet. Dennoch sei bei der Wasserzählerbeschaffung eine Einsparung von etwa 13.000 Euro erzielt worden.

## TOP 6

### Einwohnerfragestunde

Einwohner: Kröger Andreas

Herr Kröger äußert seine Bedenken hinsichtlich der Lärmbelästigung im Bereich der Tennisplätze. Er stellt fest, dass der früher reich bewaldete Bereich nun abgeräumt sei, was die Geräusche des Tennisspiels und der Aktivitäten auf dem Stoppelmarkt-Gelände verstärke. Darüber hinaus kritisiert er die geplante Installation von Paddelplätzen, die seiner Meinung nach lärmintensiv seien und die Einwohner stören könnten.

Der Werkleiter stellt fest, dass hier eine Transportleitung liege. Er weist darauf hin, dass nach den technischen Vorgaben des DVGW ein Schutzstreifen von vier Metern um die Hauptleitung einzuhalten sei. Darüber hinaus existierten auch Vorschriften für einen Arbeitsstreifen von bis zu 18 Metern. Die Entscheidung sei daher unvermeidbar, um die Leitungen zu schützen und gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.

Er betont, dass der Wall über der Transportleitung nie hätte errichtet werden dürfen. Die Schutzmaßnahmen, die früher errichtet wurden, um Lärm zu dämpfen, würden jedoch bestehen bleiben, einschließlich der vorhandenen Bäume, die als Lärmschutz dienen.

Bürgermeister Kater sichert zu, weitere Gespräche über das Anliegen des Anwohners zu führen, um nach einer Lösung zu suchen.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Betriebsausschusssitzung um 19:30 Uhr und stellt sodann die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.